

Neue Zürcher Zeitung

KOMMENTAR

Ehe für alle – oder wenn der Zweck die Mittel heiligt

Homosexuelle sollen heiraten können, die Ehe für alle verdient ein Ja. Doch warum muss man dazu die Verfassung biegen?

Katharina Fontana

144 Kommentare →

08.09.2021, 05.30 Uhr



Bald werden in der Schweiz die Regenbogenfahnen wehen: Am 26. September wird über die Ehe für alle abgestimmt.

Cavan Images / Imago

«Liebe ist das schönste der Gefühle», «Nur die Liebe zählt», «Es gibt nicht zweierlei Liebe»: Die Fürsprecher der Ehe für alle argumentieren so romantisch und beschwingt, als

schwebten sie ein paar Meter über dem Boden. Mit gutem Grund: Aller Voraussicht nach wird die Ehe für alle in rund zwei Wochen eine satte Mehrheit erringen und unter wehenden Regenbogenfahnen ins Ziel einlaufen. Bei so viel Euphorie, bei so viel Pathos und grossen Gefühlen wirkt jeder Einwand, der gegen die Vorlage vorgebracht wird, hoffnungslos kleinkrämerisch. Wenn es um die lang ersehnte Homo-Ehe geht, will kaum jemand den Spielverderber geben. Trotzdem ist es angebracht, den Gottesdienst ein bisschen zu stören. Denn auch wenn das Anliegen als solches zu begrüßen ist, ist die Art und Weise seiner Umsetzung unbefriedigend. Doch der Reihe nach.

Aus Sicht des Staates ist die Ehe prinzipiell eine gute Sache. Es ist ein Vorteil, wenn die Menschen in geregelten, stabilen Verhältnissen leben und Verantwortung füreinander übernehmen – damit wird das Risiko, dass sie auf staatliche Hilfen angewiesen sind, geringer. Das Geschlecht der beiden Partner, die eine solche staatlich anerkannte Gemeinschaft mit wechselseitigen Rechten und Pflichten eingehen wollen, spielt dabei – nüchtern betrachtet – keine Rolle.

Prestige, Symbolik und Rechte

Zwar steht schwulen und lesbischen Paaren seit 2007 mit der eingetragenen Partnerschaft ein Rechtsinstitut zur Verfügung, das in mancherlei Hinsicht fortschrittlicher konzipiert ist als die Ehe – bei dem man sich beispielsweise nicht «Treue schuldet», sondern in dem man «Rücksicht aufeinander nimmt», was wohl eher dem Geist einer modernen Beziehung entspricht. Doch die eingetragene Partnerschaft wird von den Homosexuellen als Ehe zweiter Klasse empfunden, sie wollen wie die Heterosexuellen zivil

heiraten können. Es geht dabei um Prestige, um Symbolik, aber auch um unterschiedliche Rechte; eingetragene Partner können sich beispielsweise anders als Ehegatten nicht erleichtert einbürgern lassen. Letztlich gibt es keinen überzeugenden Grund, warum der Staat für homosexuelle Paare ein anderes Rechtsinstitut parat halten soll als für heterosexuelle. Aus religiöser Sicht mag das anders aussehen, doch religiöse Vorstellungen können nicht die Richtschnur sein, an der sich der Staat ausrichten muss. Die Ehe für alle verdient ein Ja.

Aber, und das ist ein grosses Aber: Die Art und Weise, wie das Bundesparlament hier vorgegangen ist, gibt sehr zu denken. Ursprünglich wollte man die Homo-Ehe über eine Änderung der Bundesverfassung einführen, doch bald schon war davon nicht mehr die Rede. Man könne auch bloss das Gesetz anpassen, hiess es plötzlich. Politisch war das natürlich eine bequeme Lösung, weil die Ehe für alle damit nicht dem obligatorischen Referendum mit dem doppelten Mehr unterstellt werden musste.

Rechtlich allerdings ist das Vorgehen zwielichtig. Bei der Totalrevision der Bundesverfassung vor zwanzig Jahren wurde die Ehe nämlich klar als «die Verbindung zwischen Mann und Frau» bezeichnet; dieses Recht erstreckte sich «weder auf Ehen zwischen Transsexuellen noch auf homosexuelle Ehen», sagte der Bundesrat damals. Auch das Bundesgericht stellte sich auf den Standpunkt, dass die Ehe die «Lebensgemeinschaft zwischen zwei Menschen unterschiedlichen Geschlechts» ist. Der Verfassungsgeber wollte der traditionellen Ehe also bewusst besonderen Schutz verleihen. Kann man diesen Willen heute, zwanzig Jahre später, einfach aushebeln?

Man kann, findet das Parlament. Man kann, findet auch der Bundesrat. Er stützt sich dabei auf ein Gutachten des Bundesamts für Justiz, das mit einer fast schon abenteuerlichen Argumentation daherkommt. Der Ehe-Artikel in der Verfassung sei zwar klar auf Mann und Frau zugeschnitten, heisst es im Gutachten, das Parlament könne die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare aber auf dem Gesetzesweg einführen. Sei dieser Schritt erst einmal vollzogen, würden die Rechtsprechung und die Lehre nachziehen und den Ehe-Artikel in der Verfassung so auslegen, dass er auch für Homosexuelle gelte. Anders gesagt: Die Ehe für alle wird durch das Gesetz eingeführt in der Absicht, damit die Verfassung zu ändern. Man muss kein Jurist sein, um zu erkennen, dass dies der verkehrte Weg ist.

Warum keine Polygamie?

Die Mehrheit im Parlament hat diesen verkehrten Weg indes unbekümmert beschritten. Man dürfe Schwule und Lesben nicht diskriminieren. Die Verfassung selber verlange, dass niemand wegen seiner Lebensform oder wegen seines Geschlechts benachteiligt werde. Deshalb sei das Parlament geradezu verpflichtet, den Wandel gesellschaftlicher Ansichten aufzunehmen und den Ehebegriff im Gesetz so auslegen, dass er auch die Bedürfnisse von Minderheiten berücksichtige, so die Behauptung.

Das allerdings ist eine steile These, die sich irgendwann rächen könnte. Man stelle sich vor, wohin es führen würde, wenn tatsächlich sämtliche Lebensformen gleich zu behandeln und keinerlei ethisch-gesellschaftlich begründeten Differenzierungen mehr zulässig wären. Wie stünde es dann um die staatliche Anerkennung polygamer Beziehungen?

Wäre die Ehe nicht auch bald schon zwingend für einen Mann und seine vier Frauen zuzulassen? Oder für die Minderheit der polyamoren Trios oder Quartette, die es in unserer Gesellschaft ebenfalls gibt? Wo steht, dass die Ehe monogam bleiben muss? Oder dass sie nur zwischen Menschen geschlossen werden kann? Soll sich künftig wirklich jede Minderheit, die zivil heiraten will, auf das Diskriminierungsverbot berufen können?

Wenn es um Diskriminierung geht, versteht die Politik heute keinen Spass. Niemand will sich dem Vorwurf aussetzen, er heisse eine Diskriminierung auch nur im Geringsten gut. Dennoch darf man das Diskriminierungsverbot nicht verabsolutieren und daraus einen Hebel machen, mit dem man die Verfassung kurzerhand umgestaltet – ohne Volk und Stände zu befragen. Das ist eine ziemlich undemokratische Haltung. Kommt hinzu, dass das Diskriminierungsverbot als Argument nur selektiv eingesetzt wird, nämlich immer dann, wenn es gerade passt. Dass die Verfassung beispielsweise beim Militärdienst nach dem Geschlecht unterscheidet und nur Männer und nicht auch Frauen verpflichtet, hat bis anhin noch nie zu einem Proteststurm geführt, Diskriminierungsverbot hin oder her.

Unerfüllter Kinderwunsch

Der meiste Zunder bei der Ehe für alle liegt in der Kinderfrage. Gleichgeschlechtliche Paare werden künftig Kinder adoptieren können, zudem erhalten lesbische Frauen Zugang zur Samenspende. Man kann dieses neue Bild von Elternschaft mit zwei Müttern oder zwei Vätern gut finden oder nicht. Man sollte die Änderung aber jedenfalls nicht kleinreden: Es handelt sich um eine Abkehr vom Bild der

klassischen, der «natürlichen» Familie, zu der Vater und Mutter gehören. Mit der Gefährdung des Kindeswohls gegen die Ehe für alle zu argumentieren, wie es das Referendatskomitee tut, überzeugt gleichwohl nicht. Erfahrungen mit Regenbogenfamilien wie auch der gesunde Menschenverstand legen nahe, dass es Kindern auch bei homosexuellen Eltern gutgeht; was zählt, ist das Klima in der Familie und dass das Kind ein verlässliches Umfeld hat.

Allerdings hat es sich das Parlament auch bei der Samenspende zu einfach gemacht. Laut Verfassung ist die medizinisch unterstützte Fortpflanzung bei Unfruchtbarkeit zugelassen – dies ist der Fall, wenn Paare trotz regelmässigem Geschlechtsverkehr kein Kind zeugen können. Lesbische Frauen sind nach allgemeiner Auffassung nicht unfruchtbar. Doch das Parlament ist leichtfüssig über diesen Punkt hinweggegangen und hat dem Verfassungsartikel über die Fortpflanzungsmedizin auf die Schnelle einen neuen Sinn eingehaucht. Offenbar wird die «Unfruchtbarkeit» nun einfach als «unerfüllter Kinderwunsch» verstanden.

Damit dürfte der Dammbruch bei der Fortpflanzungsmedizin nicht mehr weit sein. Denn nimmt man den Kinderwunsch zum Massstab, wird man bald allen, die sich danach sehnen, zu einem Kind verhelfen müssen, Biologie hin oder her – der Single-Frau ebenso wie den siebzيجährigen Rentnern, dem schwulen Paar ebenso wie dem Elterngruppenprojekt. Sicher, man kann darüber diskutieren, ob die Fortpflanzungsmedizin heute zu restriktiv geregelt ist und ob die Selbstoptimierung zum Mass aller Dinge werden soll. Man kann auch über ein Grundrecht auf ein Kind nachdenken und über die Kommerzialisierung von Zeugung und Schwangerschaft. Alles ist möglich. Aber man sollte zumindest die Ehrlichkeit und

den Mut haben, solche Fragen Volk und Ständen vorzulegen – und die Verfassung nicht einfach so zurechtbiegen, wie es gerade dem Zeitgeist entspricht.

Hier liegt die wahre Crux: Die Politik scheint bereiter als auch schon, die Verfassung umzuinterpretieren, wenn es einer guten Sache dient. Wer will schon ein trockener Verfassungshüter sein, wenn er sich als progressiver Macher inszenieren kann? Bei der Ehe für alle mag das wenige stören, weil es sich um ein populäres Anliegen handelt, dessen Realisierung an der Zeit ist. Staatspolitisch gesehen ist diese Haltung indes verheerend, denn sie macht die Verfassung letztlich zum beliebigen Wisch.

144 Kommentare

L. F. vor etwa 24 Stunden

Einmal mehr ein ausgezeichnete Artikel von Frau Fontana. Es ist in der Tat äusserst bedenklich, mit welcher zunehmenden Gleichgültigkeit die Verfassung gebogen und gebrochen wird, solange es nur dem Zeitgeist dient. An alle diejenigen Kommentatoren, nach denen "die Verfassung den Menschen und nicht die Menschen der Verfassung dienen soll": Ganz offensichtlich mangelt Ihnen jedes rechtsstaatliche und rechtshistorische Bewusstsein. Eine derart gefährliche Haltung kann ich mir schlicht nicht anders erklären. Ist Ihnen wirklich nie der Gedanke gekommen, dass jederman diese Argumentation zur Rechtfertigung seiner eigenen weltanschaulichen Überzeugung anführen kann? Und diese Überzeugung kann sich bei anderen Themen dann ganz rasch gegen die Ihrige wenden. Der Rechtsstaat ist in seinem ganzen Wesen geprägt durch Formalismus - und das ist richtig und wichtig so! Wehret den Anfängen! (Zur Sache selbst, nur damit keine falschen Behauptungen erhoben werden: Ich unterstütze die Homo-Ehe aus fester Überzeugung - nur ist diese meine Überzeugung eine rein persönliche, moralische, politische, und niemals kann sie daher Grund genug sein, die Verfassung zu biegen, auch dann nicht, wenn sie von der Mehrheit der Menschen im Lande geteilt wird.)

[50 Empfehlungen](#)

Regula Zwahlen vor einem Tag

Danke, Frau Fontana, Sie haben bei dieser Abstimmungsvorlage die Unstimmigkeiten zwischen der Verfassungs- und Gesetzesebene sehr gut erkannt und legen sie verständlich dar.

[39 Empfehlungen](#)

Alle Kommentare anzeigen

Mehr zum Thema

Ehe für alle

**INTERVIEW****Gutachterin zur Ehe für alle: «Stimmen wir doch einfach ab! Ändern wir die Verfassung»**

Die Juristin Isabelle Häner sagt, die Ehe für alle verstosse gegen die Verfassung. Ihr Rechtsgutachten blieb lange geheim, jetzt macht sie es publik.

Kathrin Alder, Angelika Hardegger 28.11.2020

**GASTKOMMENTAR****Ehe für alle: Liebe kann nicht unterschiedlich behandelt werden**

Die Ungleichbehandlung gleichgeschlechtlicher Paare gegenüber heterosexuellen Paaren bei der Eheschliessung ist sachlich nicht begründet.

Daniel Jositsch 12.07.2021



Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.